

## Sitzungsniederschrift

### 11. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: <b>Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich</b>		
Sitzungsdatum: <b>07.11.2017</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:35 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Gossel, Arnold	CDU	
<b>Mitglieder</b>		
Bargmann, Bodo	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Strömer, Wilhelm	FW	
<b>Grundmandat</b>		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
<b>Verwaltung</b>		
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

**Nicht anwesend:****Mitglieder**

Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE
Looden, Holger	AfD
Siebels, Wiard	SPD

<b>Tagesordnung</b>
---------------------

Öffentlicher Teil:

- |     |   |
|-----|---|
| 1.  | Eröffnung der Sitzung   |
| 2.  | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit  |
| 3.  | Feststellung der Tagesordnung   |
| 4.  | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 17.10.2017   |
| 5.  | Einwohnerfragestunde  |
| 6.  | Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2017  |
| 7.  | Antrag der Deutsch-Niederländischen Heimvolkshochschule e.V. "Europahaus Aurich" auf Gewährung eines Zuschusses<br>Vorlage: IX/2017/232 |
| 8.  | Zweite Beratung des Haushaltsplanes 2018  |
| 9.  | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen  |
| 10. | Einwohnerfragestunde  |
| 11. | Schließung der Sitzung  |

Öffentlicher Teil:**TOP 1**      **Eröffnung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** eröffnete um 15.00 Uhr die 11. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

**TOP 2**      **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

**Vorsitzender Gossel** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden und Abgeordneter Ihnen nahm für den Abgeordneten Siebels an der Sitzung teil.

**TOP 3      Feststellung der Tagesordnung**

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

---

**TOP 4      Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 17.10.2017**

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Finanzausschusses vom 17.10.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

**TOP 5      Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 6      Dritter Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2017**

**Frau Saathoff** erläuterte ausführlich den dritten Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2017 gemäß der Anlage 1.

**Abgeordneter Strömer** fragte nach, welche Summe der Liquiditätskredite an die UEK gGmbH weitergeleitet worden sei.

**Frau Saathoff** informierte, dass im Rahmen des Cashpools zum Stichtag 01.11.2017 insgesamt 16,7 Mio. € an Tochterunternehmen weitergeleitet worden seien. Hiervon seien 14,3 Mio. € der UEK gGmbH zur Verfügung gestellt worden.

**Landrat Weber** sagte, dass nach Rücksprache mit der Geschäftsführung der UEK gGmbH, Herrn Eppmann, davon auszugehen sei, dass der Verlust im Jahr 2017 nicht über 10 Mio. € liegen werde.

**Abgeordneter Strömer** wollte wissen, welches Gremium den im Budgetbericht erwähnten Haushaltsansatz in Höhe von 3 Mio. € für Integrationsmaßnahmen im Bereich Asyl beschlossen habe.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Mittel wurden im entsprechenden Produkt im Haushalt veranschlagt. Die Mittel sind für die Erstattung von Aufwendungen für Leistungen der Kreisvolkshochschulen im Rahmen der Betreuung von Asylbewerbern vorgesehen. Hierfür haben die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden im Jahr 2015 ein Konzept erstellt. Dieses Konzept wurde vom gemeinsamen Betriebsausschuss der Volkshochschulen am 07.09.2015 beschlossen. Des Weiteren wurde dieses Konzept in der Sitzung des Ausschusses für Migration und Integration am 20.07.2015 und in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für*



*Migration und Integration und des Finanzausschusses am 15.09.2016 vorgestellt und beraten.*

**Landrat Weber** informierte, dass der Rückgang der Aufwendungen für Asylbewerber auch damit zusammenhänge, dass die Personen vom Leistungsbezug des Sozialamtes in den Leistungsbezug des Jobcenters wechseln würden.

In Bezug auf die Erläuterung von **Frau Saathoff**, dass die Rückholquote bei den Unterhaltsvorschussleistungen aufgrund der Reform des Unterhaltsvorschusses von 40 % auf 12 % gesunken sei, fragte **Abgeordneter Jelken** nach, ob es bezüglich der Rückholquote eine Frist gebe, bis zu der die Gelder von den Unterhaltspflichtigen zurückgefordert sein müssen.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Verjährungs- und Verwirkungsfristen unterliegen dem bürgerlichen Recht. In der Regel verjähren Unterhaltstitel im Zeitraum von 30 Jahren, sofern kein Vollstreckungsversuch unternommen wird. Um der Verjährung entgegen zu treten, werden die Unterhaltspflichtigen seitens des Fachamtes jährlich schriftlich über die Rückzahlungsverpflichtung in Kenntnis gesetzt. Regelmäßige Vollstreckungsversuche sind obligatorisch und Grundlage der Rückholquote.*

**Landrat Weber** machte deutlich, dass aufgrund der Anhebung der Altersgrenze von 12 auf 18 Jahren bei den Unterhaltsberechtigten viele Anträge eingegangen seien. Zuerst würden die Anträge bearbeitet werden und dann erfolge die Bearbeitung der Heranziehung.

**Abgeordneter Meyerholz** wollte wissen, ob die vor ein paar Jahren eingeführte Dezentralisierung im Amt für Kinder, Jugend und Familie zu einer Reduzierung der Kosten geführt habe.

**Frau Saathoff** sagte, dass deutschlandweit eine Steigerung der Jugendhilfeaufwendungen zu verzeichnen sei und man aufgrund der Vielzahl von Faktoren, die hierbei eine Rolle spielen, schwierig sei, die finanziellen Auswirkungen der dezentralen Betreuung zu eliminieren.

**Abgeordnete Feldmann** berichtete aus der gestrigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Das Amt für Kinder, Jugend und Familie habe darüber informiert, dass die Inobhutnahmen angestiegen seien. Insgesamt gebe es stark ansteigende Bedarfe. Die Jugendhilfe sei schwer planbar.

**Frau Saathoff** verwies darauf, dass die Aufwendungen im Bereich des Amtes für Kinder, Jugend und Familie im letzten Jahr gegenüber der Planung aus Vorjahren reduziert worden seien.

**Abgeordneter Strömer** wollte wissen, ob zu viel Zeit investiert werde, um eine gute Rückholquote aufzuweisen. Er frage sich, ob der Aufwand gerechtfertigt sei.

**Vorsitzender Gossel** begrüßte Herrn Buss, stellvertretender Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familie um 15.41 Uhr.

**Herr Buss** sagte, dass 80 % der Aufwendungen für Unterhaltsvorschussleistungen erstattungsfähig seien. Im Gegenzug dürfe der Landkreis 2/3 von den Einnahmen behalten. Unterm Strich sei der Unterhaltsvorschuss bei einer Rückholquote von 30 % aus-



kömmlich. In den vergangenen Jahren habe die Rückholquote bei 40 % gelegen. Durch die rückwirkend zum 01.07.2017 in Kraft getretene UVG-Reform seien sehr viele Anträge eingegangen, ca. 300 Anträge mehr als prognostiziert. Da zuerst die Bearbeitung der Anträge abgeschlossen werden müsse, sei die Heranziehung der Unterhaltungspflichtigen etwas in den Hintergrund gerückt. Statt der ursprünglich geplanten acht neuen Vollzeitstellen seien nur vier Vollzeitstellen eingerichtet worden. Durch die UVG-Reform habe sich das monatliche Auszahlungsvolumen von 180.000 € auf 500.000 € erhöht.

*Herr Buss verließ den Sitzungsraum um 16.00 Uhr.*

**Frau Saathoff** fasste zusammen, dass laut dem dritten Budgetbericht von einem Überschuss in Höhe von 8.895.400 € auszugehen sei. Ab einem Überschuss von 3,5 Mio. € würden die Gemeinden gemäß der KITA-Vereinbarung rd. 1,17 Mio. € erhalten. Nach Abzug dieses Betrages würde der Überschuss zum Jahresende voraussichtlich bei 7.725.400 € liegen.

---

**TOP 7**      **Antrag der Deutsch-Niederländischen Heimvolkshochschule e.V.  
"Europahaus Aurich" auf Gewährung eines Zuschusses  
Vorlage: IX/2017/232**

**Vorsitzender Gossel** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Pilk, Leiterin des Europahauses Aurich.

**Die Sitzung wurde von 16.04 Uhr bis 16.14 Uhr unterbrochen.**

Während der Sitzungsunterbrechung stellte Frau Pilk die Arbeit des Europahauses Aurich ausführlich vor und bat um Gewährung des Zuschusses in Höhe von 25.000 €.

**Landrat Weber** informierte, dass seitens des Landkreises Überlegungen bestünden, die Arbeit mit dem Europahaus zu intensivieren. Denkbar sei eine gemeinsame Personalbewirtschaftung sowie die Möglichkeit, dass Kreistagsabgeordnete in den Gremien des Europahauses Wort und Stimme bekommen. Das Technische Gebäudemanagement werde in diesem Zusammenhang die Gebäudewerte des Europahauses ermitteln. Sobald das gemeinsame Konzept erarbeitet worden sei, würden die politischen Gremien entsprechend informiert werden.

**Abgeordneter Strömer** sagte, dass er bei der Gewährung des Zuschusses an das Europahaus „seit Jahren Bauchschmerzen“ habe. Das Konzept über die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Europahaus hätte von Herrn Theuerkauf, Vorsitzender des Europahauses, vorgestellt werden müssen. Im Jahr 2011 habe er bereits eine Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen angeregt. Die heutigen Ausführungen von Frau Pilk würden ihn positiv stimmen.

**Abgeordneter Meyerholz** sprach sich für die Gewährung des Zuschusses aus. Er habe bereits seit längerer Zeit eine institutionelle Förderung gefordert. Das Europahaus wachse seit Jahren und müsse gefördert werden. Wenn das von Landrat Weber in Aussicht gestellte Konzept nicht vorgelegt werde, solle eine institutionelle Förderung seitens des Landkreises und der Stadt Aurich erfolgen.

**Abgeordneter Bargmann** teilte mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag einmalig zustimmen könne. Für die Zukunft sei aber ein tragfähiges Konzept wichtig. Die heutigen Informationen von Landrat Weber seien wichtig. Für die Gewährung weiterer Finanzmittel werde das Konzept gefordert.

**Abgeordneter Meyer** signalisierte Zustimmung seitens der SPD – Fraktion.

**Abgeordnete Seelgen** sagte, dass die Linke die Bildungsarbeit des Europahauses unterstütze.

**Abgeordneter Looden** meinte, dass das Europahaus nicht mehr erforderlich sei. Für die KÜcheneinrichtung sei viel Geld ausgegeben worden. Dieses sei aus seiner Sicht ebenfalls nicht notwendig. Die Seminarteilnehmer könnten sich selbst verpflegen.

**Abgeordneter Roß** kündigte Zustimmung zur Beschlussvorlage an. Er habe bereits vor einigen Jahren vorgeschlagen, dass der Landkreis das Europahaus übernehmen solle.

**Abgeordneter Strömer** informierte, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, weil das Konzept von Herrn Theuerkauf fehle. Die Arbeit des Europahauses schätze er aber.

Die Überlegungen zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Landkreis, hätten in den Gremien des Vereins auf Zustimmung gestoßen, so **Landrat Weber**.

**Abgeordneter Jelken** bat darum, in dem Haushaltsentwurf 2018 die finanziellen Auswirkungen des Konzeptes einzuarbeiten.

**Landrat Weber** sagte, dass diese frühestens im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplanes eingearbeitet werden können. Zum Zeitpunkt der Haushaltsberatung 2018 würde das Konzept noch nicht vorliegen.

**Frau Saathoff** fasste zusammen, dass die Haushaltsberatungen ohne die Einplanung des Konzeptes zur Zusammenarbeit mit dem Europahaus geführt würden. Im Laufe des Haushaltsjahres 2018 könne dann gegebenenfalls eine über-/außerplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung oder der Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung erfolgen.

**Dem Antrag der Deutsch-Niederländischen Heimvolkshochschule e.V. „Europahaus Aurich“ auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 25.000 € wird zugestimmt. Der Betrag wird außerplanmäßig bereitgestellt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10      Nein-Stimmen: 2      Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

---

**TOP 8      Zweite Beratung des Haushaltsplanes 2018**

**Frau Saathoff** teilte mit, dass die Pro-Kopf-Beträge für den Finanzausgleich voraussichtlich Ende November vorliegen würden. Für die heutige Sitzung hätten somit keine beratungsfähigen Unterlagen vorbereitet werden können.



Zur Beratung des Haushaltsplanes 2018 seien am 28.11.2017 und 12.12.2017 weitere Sitzungen des Finanzausschusses vorgesehen. Der Empfehlungsbeschluss zum Haushalt sei in der Sitzung des Finanzausschusses am 22.01.2018 geplant. Bis zu dieser Sitzung sollten somit die Fraktionssitzungen stattgefunden haben. Die Haushaltssatzung solle in der Sitzung des Kreistages am 30.01.2018 beschlossen werden.

---

**TOP 9**      **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 10**     **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

---

**TOP 11**     **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzender Gossel** schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.35 Uhr.

---

\_\_\_\_\_  
gez. Gossel  
Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
gez. Hanekamp  
Protokollführerin